Dazu gehört aber auch, daß Frauen die Erfahrung machen können, daß ihnen bei der Entscheidung für das Kind geholfen wird. Ich denke an die zunehmenden Abtreibungen in Krankenhäusern zur Zeit, und zwar deshalb, weil Frauen verlassen werden von Männern und sie in dieser ungewissen Zeit nicht wissen, wie sie diese ihre gewollten Kinder auch aufziehen können,

(Stellenweise Beifall, vor allem PDS, Bündnis 90/Grüne, SPD)

Kindererziehung braucht den Schutz der Gesellschaft. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind verpflichtet, Anwälte nicht nur des ungeborenen, sondern vor allem des geborenen Lebens zu sein.

(Beifall, vor allem bei PDS, Bündnis 90/Grüne, SPD)

Wir alle wissen um das unwürdige Aufwachsen von Kindern in Heimen und bedauerlicherweise auch in Familien. Die Fraktion der SPD wird deshalb auch den Antrag einbringen, einen Gleichstellungsausschuß im Parlament einzurichten. Alle Beauftragten werden dafür Sorge tragen, daß die von uns verabschiedeten Gesetze auch die Konsequenzen für die betroffenen Personengruppen - und das sind keine Minderheiten - auf zeigen. Ich danke Ihnen.

(Beifall, vor allem bei SPD, PDS, Bündnis 90/Grüne)

;ellvertreter des Präsidenten Dr. Höppner:

Ich danke allen Abgeordneten für ihre Toleranz, die hier nötig war, um diese Zeit zuzugeben. Aber es redet noch eine Frau, und das ist auch ganz schön. Es sind nicht so wenige, wie es bisher klang. Für Bündnis 90/Grüne redet jetzt die Abgeordnete Wollenberger.

Abg. Frau Wollenberger (Bündnis 90/Grüne):

Herr Ministerpräsident! Verehrte Abgeordnete! Herr Ministerpräsident, an Ihrer Regierungserklärung ist uns angenehm aufgefallen, daß sich im Gegensatz zur Koalitionsvereinbarung das ökologische Motiv wie ein roter Faden durch die gesamte Rede zog. Sie können sich unserer Unterstützung sicher sein, wenn es gilt, eine lebenswerte Umwelt zu gewährleisten, damit - ich zitiere - in letzter Stunde eine überlebensfähige Welt entsteht.

Um dieses Anliegen zu befördern, erlauben Sie mir nun bitte einige kritische Bemerkungen. Die von Ihnen getroffene Aussage, daß aus steigender Wirtschaftskraft die Möglichkeiten zur Finanzierung der nicht billigen Umweltschutzmaßnahmen wachsen soll und daß eine leistungsfähige Umweltindustrie aufzu-^iuen ist, weisen auf die altbekannte Reparaturstrategie hin: Erst Schäden durch Wirtschaftswachstum verursachen, anschließend reparieren. Unserer Auffassung nach müßte stattdessen im Umweltschutz konsequent das Vermeidungsprinzip angewandt werden.

Ich möchte das an einem Beispiel erläutern. Sie nennen als Ziel Ihrer Energiepolitik eine umweltfreundliche Energieerzeugung und Energieverwendung durch Ersatz von Braunkohle durch Erdöl, Erdgas und Steinkohle. Für uns ist das ein umweltpolitischer Holzweg, wenn nicht zuallererst die Energieverschwendung drastisch abgebaut wird. Dies könnte sofort durch die Einführung einer Energiesteuer geschehen. Vor allem brauchen wir aber ein nationales Energiesparprogramm, das mit Mitteln ausgestattet werden sollte, die bisher in den Ausbau der Kernenergie fließen.

Täglich werden in Stendal zwei Millionen Mark verbaut. Für die ersten zwei Blöcke sind bisher fünf Milliarden ausgegeben worden, 18 Milliarden wird es mindestens kosten. Mit diesen Mitteln ließe sich zum Beispiel etwa ein Viertel unseres gesamten Wohnungsbestandes wärmetechnisch sanieren, daß heißt dauerhaft große Energiemengen sparen.

Darüber hinaus meinen wir, daß Entscheidungen über risikoreiche Anlagen wie Kernkraftwerke nicht allein von Gutachtern und zentralen Stellen getroffen werden können, sondern die Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung muß Bedingung jeder Entscheidung sein.

Wie will Ihre Regierung in Zukunft mit Bürgerinitiativen gegen die Atomkraft umgehen? An welche Form der Bürgerbeteiligung an solchen wichtigen Entscheidungen ist gedacht? Warum soll überhaupt an der Atomenergie festgehalten werden, wenn sie in der DDR nur drei Prozent der Primärenergie liefert, aber etwa 50 Prozent der gegenwärtig verbrauchten Energie einsparbar sind?

Wir denken dabei auch an die Ablösung solcher stromfressenden und naturzerstörenden Produktionen wie die Aluminiumherstellung, die Chlor-Alkali-Elektrolyse und die Karbidherstellung. Natürlich müßten in diesem Fall Konzeptionen entwickelt werden, wie die frei werdenden Arbeitskräfte eingesetzt werden könnten, z. B. im Bereich der Energieeinsparung und der Umweltsanierung in hochbelasteten Industriegebieten.

Woher soll das Geld für den Umweltschutz kommen? Die Fraktion Bündnis 90/Grüne meint: vor allem aus dem Militärhaushalt, der in der DDR kurzfristig um mindestens 50 % reduziert werden sollte.

Herr Ministerpräsident, Ihre gestrigen Ausführungen ließen erkennen, daß Ihre Regierung beim Abrüstungsprozeß eine Vorreiterrolle übernehmen möchte. Auch dabei können Sie unserer Unterstützung sicher sein. Es ergeben sich aber mehrere Fragen. Ihre Regierungserklärung umgeht die Kernfrage, welcher Militärallianz die NVA in der Übergangsphase angehören soll. In der Koalitionsvereinbarung wird die NATO-Mitgliedschaft der DDR erwogen, aber in Ihrer Erklärung nicht erwähnt. Heißt das, daß Sie die NATO-Mitgliedschaft ausschließen oder daß die NATO-Mitgliedschaft schon beschlossene Sache ist? Sie sagen, daß die Ablösung der Militärbündnisse angestrebt wird, aber wie soll das geschehen? Die NVA ist geschaffen als Allianzarmee. Können Sie sich vorstellen, daß die integrierte Streitkräftestruktur der NVA im Rahmen des Warschauer Vertrages aufgelöst werden kann? Ihre Bemerkung, daß ein schrittweiser Abbau der bisherigen militärischen Verpflichtung der DDR angestrebt werden soll, läßt darauf schließen. Er läßt aber auch den Schluß zu, daß dies nur geschehen soll, um den Rücken frei zu haben für neue militärische Verpflichtungen in der NATO. Sie möchten den Prozeß der Ablösung der Militärbündnisse mittels bündnisübergreifender Strukturen als Beginn eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems fördern. Welche Fristen sind dafür vorgesehen, und was konkret soll der Beitrag der DDR dabei sein?

Sie setzen sich für eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffes ein, haben aber die Notwendigkeit eines ökologischen Sicherheitssystems, das wir für überlebensnotwendig halten, nicht erwähnt. Was verstehen Sie unter drastischer Reduzierung der NVA? Was soll die NVA in der DDR vor wem schützen? Die Militärexperten sind sich längst einig, daß ein mitteleuropäisches Land nicht mit militärischen Mitteln verteidigt werden kann, und Ihre Regierung wird kaum meinen, daß eine Bedrohung der DDR von ihren östlichen Nachbarn ausginge.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne hält in diesem Zusammenhang die rasche Senkung der Präsenzstärke der NVA auf unter 100 000 Mann durch den sofortigen Verzicht auf die Neueinberufung von Wehrpflichtigen für unverzichtbar.

(Beifall)

Für unverzichtbar halten wir auch die sofortige und bedingungslose Einstellung der Rüstungsexporte, auch weil Rüstungsexporte in Krisengebiete über Strohmänner schwer zu verhindern sind.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne tritt, um diesen Punkt abzuschließen, dafür ein, daß ein vereintes Deutschland weder eine neutrale Militärmacht ist noch militärisch in die NATO integriert wird, sondern daß Elemente einer neuen europäischen Friedensordnung auch die Übergangszeit schon bestimmen. Politisch sollte die DDR Mitglied in NATO und Warschauer Vertrag sein. Damit würde sie ihrer viel beschworenen Brückenkopf-